

KONTAKT

CLAUDIA KOLARSKI
LÄNDERKOORDINATORIN ESWATINI

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: KONTAKT@AMNESTY-SUEDLICHES-AFRIKA.DE

FRANZISKA ULM-DÜSTERHÖFT
FACHREFERENTIN AFRIKA
SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN SEKTION
AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: FRANZISKA.ULM@AMNESTY.DE

LÄNDERPAPIER ESWATINI

Repressive Gesetze und exzessive staatliche Gewalt wurden eingesetzt, um friedliche Protestaktionen zum Schweigen zu bringen. Protestierende, Dissident*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen waren und sind insbesondere infolge der im Jahr 2021 entfachten Proteste für demokratische Reformen willkürlicher Inhaftierung, Folter und anderen Misshandlungen sowie strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt. Ferner sehen sich weiterhin zahlreiche Menschen rechtswidrigen Zwangsräumungen ausgesetzt.

EINSATZ EXZESSIVER GEWALT

Zwischen dem 8. und 9. Mai 2021, kam der 25-jährige Jurastudent Thabani Nkomonye zu Tode. Vermutungen, dass der bislang unaufgeklärte Tod von Polizeibeamt*innen verursacht wurde, führte zu einer Reihe von friedlichen Demonstrationen, in denen insbesondere in Manzini Jugendliche auf die Straße gingen, um Gerechtigkeit für Thabani zu fordern. Die Geschichte von Thabani ähnelt der vieler anderer in Eswatini, die Opfer von Gewalt durch die örtliche Polizei wurden, ohne dass jemand zur Rechenschaft gezogen wurde. Was in Manzini als Forderung nach einem Ende der Polizeigewalt begann, entwickelte sich zu landesweiten Protesten für Gerechtigkeit und demokratische Reformen.

Als Antwort auf die Proteste erließ der amtierende Premierminister am 25. Juni 2021 einen Erlass, der alle Proteste und die Einreichung von Petitionen verbietet. Seither gehen staatliche Sicherheitskräfte mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Demonstrierende und Dissident*innen vor. Colani Maseko, der Präsident der Swaziland National Union of Students, wurde im Januar willkürlich verhaftet. Im Mai wurde Colani erneut von Soldaten entführt, die ihn schlugen und anschließend zur Polizeistation von Matsapa brachten. Später wurde er wegen seiner Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht.

FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG, VEREINIGUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Der Staat nimmt weiterhin politische Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und alle, die politische Reformen fordern, ins Visier, schikaniert sie und greift sie an. Am 25. Juli 2021 wurden die Mitglieder des Parlaments, Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube, inmitten einer Welle von Protesten festgenommen und u.a. unter dem Gesetz zur Unterdrückung von Terrorismus angeklagt. Seitdem befinden sie sich in Haft auf dem Polizeirevier der Hauptstadt Mbabane. Nachdem ein Richter des Obersten Gerichtshofs am 14. September 2021 den Abgeordneten die Freilassung gegen Kautions verweigert hatte, kam es zu einer weiteren Eskalation der Proteste, die zu willkürlichen Verhaftungen friedlicher Demonstrierenden und zu Vorwürfen der Folter sowie anderer Misshandlungen führte.

In den frühen Morgenstunden des 22. September 2022 wurden die Abgeordneten von Justizvollzugsbeamten brutal angegriffen und über 24 Stunden lang nicht medizinisch versorgt, bis ihr Anwalt einen Antrag beim Gericht einreichte. Mehrere Kautionsanträge der Abgeordneten wurden abgelehnt. Einem Mitglied des Rechtsbeistands der Abgeordneten, Sicelo Mngomezulu, wurde nach Äußerungen über den jährlichen Schilfrohr Tanz die Einreise in das Land untersagt.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Politik und Activism . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-444
E: themen@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



KONTAKT

CLAUDIA KOLARSKI
LÄNDERKOORDINATORIN ESWATINI

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: KONTAKT@AMNESTY-SUEDLICHES-AFRIKA.DE

FRANZISKA ULM-DÜSTERHÖFT
FACHREFERENTIN AFRIKA
SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN SEKTION
AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: FRANZISKA.ULM@AMNESTY.DE

Das Haus von Mlungisi Makhanya, dem Vorsitzenden der Vereinigten Demokratischen Volksbewegung (PUDEMO), wurde am 20. September 2022 beschossen. Die Vorsitzende der Frauenliga der PUDEMO, Xolile Dlamini-Malinga, und ihr Ehemann Penuel, der für dieselbe Partei als nationaler Organisator tätig ist, überlebten mehrere Anschläge durch mutmaßliche staatliche Agent*innen, wie etwa einen im April 2022 auf ihr Haus verübten Benzinanschlag. Am 18. Oktober 2022 drangen vier bewaffnete Personen in ihre Mietwohnung ein und feuerten im Schlafzimmer über 48 Kugeln ab, bevor sie das Auto der Familie anzündeten.

Abgesehen von der Verletzung der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Informationsfreiheit und friedliche Versammlung, wurden in diesem Zusammenhang mehr als 80 Tote bestätigt, über 200 Menschen in Krankenhäuser eingeliefert, und bis heute mehr als 1000 Menschen willkürlich festgenommen, inhaftiert und in einigen Fällen wieder freigelassen.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich am 1. Oktober 2021, als mehr als 10.000 Menschen zur US-Botschaft marschierten, um eine Petition zu übergeben. Die Personen wurden gewaltsam auseinandergetrieben, wobei die Sicherheitskräfte laut Zeug*innen-Berichten scharfe Munition, Gummigeschosse und Tränengas einsetzten. Auch die Armee war im Einsatz: Soldat*innen errichteten Straßensperren, um Menschen daran zu hindern, sich den Protesten anzuschließen.

Tränengas und Munitionen kommen seit dem Ausbruch der wiederkehrenden Proteste im Jahr 2021 regelmäßig gegen die Protestierenden zum Einsatz. Menschen werden in der Öffentlichkeit von Polizei und Militär beschossen, teilweise bereits aus dem bloßen Grund, dass sie sich auf der Straße befanden. Seither gibt es zahlreiche Verletzte und Tote auf Seiten der Zivilbevölkerung. Immer wieder ließ König Mswati III. die Telefon- und Internetverbindungen unterbinden, um der Bevölkerung den Zugang zu Informationen und Kommunikation zur Außenwelt und untereinander zu versperren.

Neben der exzessiven Gewalt gegen Protestierende und unbeteiligte Personen werden Menschenrechtler*innen, Journalist*innen und politische Aktivist*innen, die sich gegen die unterdrückenden Maßnahmen der Regierung positionieren, festgenommen und inhaftiert.

Am 19. November wurden der Präsident des Swaziland Youth Congress (SWAYOCO), Ncamiso Mabuyakhulu, und der politische Aktivist Philani Sihlongonyane verhaftet, danach gefoltert und vom Obersten Gericht in 29 Punkten angeklagt, darunter Mord, Brandstiftung, Waffenbesitz und Raubüberfall. Am 7. Dezember wurde auf deren Rechtsbeistand, Maxwell Nkambule ein Attentat verübt, dem er nur knapp entkam. Muzi Mmema, stellvertretender Generalsekretär der neu gegründeten Swazis First Democratic Front (SFDF), wurde am 28. Dezember aus seinem Haus entführt und später mit zwei Schusswunden in der Brust tot aufgefunden.

Inzwischen gibt es eine militante Gruppe, die Swaziland International Solidarity Forces (SISF), die mit gezielten Angriffen und Bombenattentaten auf Privathäuser von Polizist*innen, Militärangehörigen oder der königlichen Familie, sowie Unternehmen, an denen diese beteiligt sind, eine Abdankung des Königs erzwingen wollen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Politik und Activism . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-444
E: themen@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



KONTAKT

CLAUDIA KOLARSKI
LÄNDERKOORDINATORIN ESWATINI

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: KONTAKT@AMNESTY-SUEDLICHES-AFRIKA.DE

FRANZISKA ULM-DÜSTERHÖFT
FACHREFERENTIN AFRIKA
SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN SEKTION
AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND
EMAIL: FRANZISKA.ULM@AMNESTY.DE

RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN

Im Jahr 2021 gelang es den Behörden, Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben, um Platz für kommerzielle Interessen zu schaffen, ohne Verfahrensgarantien einzuhalten und ihnen eine alternative Unterkunft anzubieten.

In der Stadt Madonsa lebten mehr als 100 Menschen seit Jahren unter der Drohung einer bevorstehenden Zwangsräumung, um Platz für den Eswatini National Provident Fund zu schaffen, nachdem der Fonds am 16. Februar 2021 eine gerichtliche Aufforderung zur Räumung erwirkt hatte. In diesem Zusammenhang wurde berichtet, dass mindestens 89 Mandosa-Familien obdachlos wurden, mitunter Kinder.

Nach den internationalen Menschenrechtsvorschriften dürfen Zwangsräumungen nur als letztes Mittel durchgeführt werden, nachdem alle anderen denkbaren Alternativen geprüft wurden und angemessene Verfahrensgarantien, einschließlich echter Konsultationen mit der betroffenen Bevölkerung, sichergestellt wurden. Eswatini hat internationale und regionale Menschenrechtsverträge ratifiziert, die Zwangsräumungen verbieten, darunter der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker.

EMPFEHLUNGEN AN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG

Amnesty International empfiehlt der Bundesregierung:

- darauf hinzuwirken, dass der Einsatz exzessiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch staatliche Sicherheitskräfte unverzüglich beendet wird.
- die Regierung Eswatinis darauf hinzuweisen, dass nationale und internationale Menschenrechtsstandards gewahrt und insbesondere die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf friedliche Versammlung und Vereinigung von der Regierung Eswatinis sichergestellt werden muss.
- dafür einzutreten, dass die exzessive Gewalt, einschließlich der Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen und -aktivist*innen, und die rechtswidrigen Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.
- sich dafür einzusetzen, dass auch auf EU-Ebene ein Dialog mit der Regierung Eswatinis zur Schlichtung der Zustände in Eswatini aufgenommen wird und die Europäische Union öffentlich Stellung zu den Menschenrechtsverletzungen bezieht.
- sich dahingehend zu positionieren und die Regierung Eswatinis darauf hinzuweisen, dass die Zwangsräumungen rechtswidrig waren und nationale, regionale sowie internationale Menschenrechtsverpflichtungen zu Zwangsräumungen von der Regierung einzuhalten sind.

